

An die  
Mitglieder des  
Rechtsausschusses

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 GOLT**

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 16. Mai 2024 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

**„Personenbezogene Schutzwesten im Strafvollzug“.**

**Begründung:**

Ausweislich der Presseberichterstattung nehmen die Angriffe auf Vollzugsbedienstete zu. Dies betrifft sowohl Angriffe von Gefangenen auf Justizvollzugsbedienstete, z.B. in der JVA Frankenthal, als auch Vorfälle im Zusammenhang mit Gefangenentransporten. Aktuelles Beispiel ist der Angriff auf einen Gefangenentransport in Frankreich am 14. Mai 2024, bei dem zwei Vollzugsbeamte ums Leben kamen. Auch in Rheinland-Pfalz wird der Bedarf nach Körperschutzwesten anerkannt und soll für den Doppelhaushalt 2025/2026 in Planung sein. Deren Anschaffung war bereits mehrfach Thema in der parlamentarischen Debatte, u.a. in der 27. Sitzung des Rechtsausschusses am 2. November 2023 und der 53. Plenarsitzung am 8. November 2023. Fachverbände und Interessengruppen fordern eine sofortige Anschaffung der Schutzwesten für die Bediensteten.

Die Landesregierung wird um Berichterstattungen gebeten, wie der Sachstand zur Anschaffung von Körperschutzwesten für Vollzugsbedienstete ist. Von besonderem Interesse sind insbesondere folgende Fragen:

1. Wie bewertet das Justizministerium die Möglichkeit die Körperschutzwesten vor dem Doppelhaushalt 2025/2026 anzuschaffen?
2. Zu welchen Anlässen werden an die Vollzugsbediensteten Körperschutzwesten ausgegeben?
3. Wie wird eine hygienische Nutzung sichergestellt?
4. Sind personenbezogene Körperschutzwesten für Vollzugsbedienstete, die regelmäßig ihren Dienst im öffentlichen Bereich durchführen (Fahrdienst/ Krankenhausbewachungen) vorgesehen?

5. Erwägt das Justizministerium zum Schutz der Vollzugsbediensteten eine dienstliche Anordnung oder zumindest eine Trageempfehlung für die Nutzung der Körperschutzwesten herauszugeben?